



Nur mit gutem Deutsch in die normale Klasse

Schüler, die schlecht Deutsch sprechen, sollen in Spezialklassen unterrichtet werden. Das fordert eine Initiative der jungen SVP St. Gallen. Das Anliegen ist zum Teil bereits umgesetzt.

Von Gaby Szöllösy

Der neue St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann weiss von vielen E-Mails besorgter Eltern zu berichten, «die mir schreiben, das Schulniveau sei wegen der vielen fremdsprachigen Kinder sehr tief». Er hat sich der Sorge angenommen und eine Doppelinitiative zum Thema ausgearbeitet, wie die Zeitung «Sonntag.ch» meldete. Das geplante Volksbegehren der jungen SVP St. Gallen – deren Präsident Reimann ist – will einerseits festschreiben, «dass in eine Regelklasse nur eintreten darf, wer integriert ist und gute Deutschkenntnisse nachweisen kann». Schüler und Schülerinnen, die diese Anforderung nicht erfüllen, sollen erst in Sonderklassen unterrichtet werden. Der zweite Initiativtext fordert, dass in den öffentlichen Schulen gleiche Rechte und Pflichten für alle Schüler gelten, unabhängig von deren Religion und Geschlecht.

Mutterpartei applaudiert

Beide Forderungen sind nicht neu, sondern finden sich in der Wahlplattform und in Positionspapieren der Mutterpartei, der SVP Schweiz. SVP-Chefstrategie Christoph Blocher hatte zudem in seiner Albisgütli-Rede Mitte Januar gegen die heutige Schulpolitik gewettert und damit das Thema als künftiges Aktionsfeld der oppositionellen SVP etabliert.

Insofern ist Reimanns Doppelinitiative ein konkreter Schritt auf dem skizzierten

Weg. Einer, der zwar mit der SVP Schweiz nicht abgesprochen war, der aber bei den Parteioberen ankommt. «Ich stehe voll hinter dem Anliegen und finde die Initiative gut», sagt SVP-Präsident Ueli Maurer.

Gar nicht begeistert ist hingegen der St. Galler Regierungsrat: Er hat die Doppelinitiative für unzulässig erklärt wegen des zweiten Teils, der nach Ansicht der Regierung gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit verstösst. Reimann wird Beschwerde beim Verwaltungsgericht einreichen. Fest steht für ihn aber, dass er den ungerügten ersten Teil zum Thema Deutschkenntnisse von fremdsprachigen Kindern ohnehin lancieren wird.

Die Zürcher SVP hat sich ebenfalls dem populären Thema angenommen. Sie hat im Kantonsrat eine ähnliche Motion eingebracht, die indes weiter geht: Der Deutschunterricht soll nur ein Jahr lang bezahlt werden. Danach hätten die Eltern dafür aufzukommen.

Auch diesen Vorstoss begrüsst SVP-Schweiz-Präsident Ueli Maurer ebenso wie Parteisekretär Gregor Rutz. Obwohl die Vorstösse laut Rutz nicht von der Berner Parteizentrale aus orchestriert sind, dürfte der nationalen SVP das Vorpreschen in den beiden Kantonen höchst gelegen kommen: So kann sie testen, wie gut sich das Thema politisch verwerten lässt.

Spezialklassen in den Städten

Dass es emotionalisiert, zeigen Voten an Elternabenden und die Berichte von Leuten, die mit schulpflichtigen Kindern aus ausländerstarken Quartieren wegziehen. Denn mehrere Studien zeigen auf, dass das Leistungsniveau einer ganzen Klasse sinkt, wenn der Anteil fremdsprachiger Kinder aus sozial tieferen Schichten über 30 oder gar an die 40 Prozent beträgt.

Die Erziehungsdirektionen wissen um das Problem und haben länger schon Massnahmen ergriffen. So werden in den Kantonen Zürich und St. Gallen Kinder, die kein Deutsch sprechen, zum Teil in Spezialklassen unterrichtet. Nach spätestens einem Jahr können sie in die Regelklasse übertreten. Allerdings, so sagt Markus Truniger vom Zürcher Volksschulamt, sei das vor allem in grösseren Agglomerationen der Fall. In kleineren Gemeinden werden die wenigen Fremdsprachigen direkt eingeschult, erhalten dort aber intensiven Zusatzunterricht in Deutsch.

Der Kanton Zürich integriert momentan 800 bis 900 Kinder pro Jahr, die kein Deutsch sprechen. Dazu kommen rund 12 000, deren Deutsch mangelhaft ist. Auch sie profitieren von zusätzlichen Lektionen. Sie alle aus den Regelklassen zu

entfernen, macht für die Zürcher Regierung keinen Sinn – so antwortet sie auf die SVP-Motion: Denn die Ausländer würden innerhalb der Klasse schneller Deutsch lernen und sich besser integrieren. Dafür sieht Zürich in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil kleinere Klassen vor, um Defizite auffangen zu können.

Ganz ähnlich präsentiert sich die Situation in St. Gallen. Deshalb kann Werner Stauffacher, Generalsekretär des Bildungsdepartements, die Initiative der jungen SVP nur bedingt nachvollziehen: «Sie rennt offene Türen ein.»

Skeptisch äussert sich auch der Bildungsforscher Urs Moser, der solche Leistungsstudien durchführt. «Die Stützmassnahmen zeitlich zu begrenzen und die Kosten womöglich den Eltern aufzubürden, ist der falsche Weg. Wichtig ist, dass Kinder mit Sprachdefiziten so früh wie möglich und so lange wie nötig gefördert werden – auch der ganzen Klasse zuliebe.»